

# Von einer KPD-Initiative zur Autonomen Antifa

## Antifaschistische Aktion gestern und heute

Alexander Deycke

**A**uf die letzten Jahre der Weimarer Republik wird in der Regel als mahnendes Beispiel einer auf der Straße wie in den Parlamenten scheiternden Demokratie zurückgeschaut. Angesichts dessen weckt das Vorliegen eines ausgesprochen positiven, identitätsstiftenden Rekurses der radikalen Linken auf eine kommunistische Initiative des Jahres 1932 Neugier. Gemeint ist die „Antifaschistische Aktion“, deren Logo – die von einem Ring mit dem Schriftzug „Antifaschistische Aktion“ umschlossenen Doppelfahnen – wohl als eines der bekanntesten Symbole des kämpferischen linksradikalen Aktivismus der Gegenwart bezeichnet werden kann. Von einem Grafikerduo des Bundes revolutionärer Bildender Künstler eigens für ein

KPD-Projekt entworfen, sollte es dereinst den Schulterschluss der gespaltenen Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Nationalsozialismus symbolisieren.<sup>1</sup>

### Eine Kommunistische Initiative für eine „Einheitsfront von unten“

Eine Saalschlacht im preußischen Landtag nahm die Führung der KPD am 25. April 1932 zum Anlass, in der Parteizeitung *Die Rote*

---

1 Zur Traditionskonstruktion vgl. Keller, Mirja u.a.: Antifa: Geschichte und Organisation, 2., aktual. Aufl., Stuttgart 2013; Langer, Bernd: Antifaschistische Aktion. Geschichte einer linksradikalen Bewegung, 2. aktual. Aufl., Münster 2015; zum Logo: ebd., S. 73.

*Fahne* einen an alle „Klassengenossen“ gerichteten Aufruf zur „Antifaschistischen Aktion“ zu veröffentlichen. Die Passivität der sozialdemokratischen Parlamentarier während eines Angriffs der NSDAP-Abgeordneten auf die Fraktion der KPD anklagend, rief die Zeitung sozialdemokratische Arbeiter dazu auf, als „rote Einheitsfront“ der „Faschisierung Deutschlands Einhalt zu gebieten“.<sup>2</sup>

Wen schon hiermit erstmals die Bezeichnung „Antifaschistische Aktion“ Verwendung findet, mit der eine vorgeblich neue Phase des antifaschistischen Kampfes eingeleitet werden sollte, waren derartige an die sozialdemokratische Basis gerichtete Appelle alles andere als neu. Schon seit beinahe einem Jahrzehnt gehörte die sogenannte Einheitsfront von unten zum strategischen Repertoire der KPD. Ziel dieser Strategie sollte es sein, die sozialdemokratische Klientel zur KPD hinüberzuziehen, um dieser zu einer Massenbasis für die revolutionäre Errichtung Sowjetdeutschlands zu verhelfen.<sup>3</sup>

Doch stand einer ernsthaften Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit dem sozialistischen Flügel der Arbeiterbewegung die von der Kommunistischen Internationale (Komintern) vorgegebene und für die KPD als deren deutscher Sektion bindende Strategie entgegen. Bereits 1928 hatte der VI. Weltkongress der Komintern im Rahmen einer „ultralinken Wende“ die

sogenannte Sozialfaschismuskonzeption für verbindlich erklärt, welche die Sozialdemokratie als entscheidenden und am schärfsten zu bekämpfenden politischen Gegner brandmarkte, da sie, deren Kader mit der Bourgeoisie im Bunde ständen, die revolutionäre Radikalisierung der Arbeiterschaft verhindere. Als einzige Kraft, die sich nicht in irgendeiner Art an der sukzessiven Errichtung der faschistischen Diktatur beteilige, begriff die KPD sich selbst. Faschismus wurde aus kommunistischer Perspektive gedeutet als ein vielfältige Formen umfassendes Abwehrmittel der herrschenden Klasse in der krisenhaften Endphase des Kapitalismus, als Versuch der Bourgeoisie, die nahe kommunistische Revolution zu verhindern.<sup>4</sup>

Eingedenk dieser Rahmenkonstellation ist nicht verwunderlich, dass die SPD-Zeitung *Vorwärts* über die kommunistische Initiative urteilte: „Die ‚antifaschistische Aktion‘ ist also nichts anderes als eine antisozialdemokratische Aktion!“<sup>5</sup> Für ein solches Urteil lassen sich auch etliche Argumente im parteiinternen Schriftverkehr der KPD finden, in dem die SPD nach wie vor als „Hauptfeind“ identifiziert wurde. Dort wird zudem fündig, wer nach den Vorstellungen der Parteiführung von der konkreten Ausgestaltung der „Antifaschistischen Aktion“ fragt.



Plakat der „Antifaschistischen Aktion“ von 1932, von Max Gebhard/Max Keilson (gemeinfrei), URL: <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=40186736>

2 Vgl. Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930–1933, Bonn 1990, S. 558 ff.; Die Rote Fahne, Nr. 113, 26.05.1932.

3 Vgl. Wunderer, Hartmann: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933), Frankfurt 1980, S. 137 ff.

4 Vgl. Finker, Kurt: KPD und Antifaschismus 1924–1934, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Bd. 41/1993, S. 385–398, hier S. 389 ff.; Wirsching, Andreas: „Hauptfeind Sozialdemokratie“ oder „Antifaschistische Aktion“. KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S. 105–130.

5 Der Abend. Spätausgabe des „Vorwärts“, 22.06.1932.

Vor allem in Gewerkschaften und Betrieben sei diese zu verankern, denn als „entscheidende Waffe des Proletariats“ galt laut Parteilinie der „politische Massenstreik“.<sup>6</sup> Dieser sollte sich in der Erwartung der Parteiführung dann zur bewaffneten Insurrektion ausweiten. Andere offensive Aktionsformen (Straßenkampf) hatte das Zentralkomitee der Partei (ZK) im Vorjahr in einer Resolution über „individuellen Terror“ als nicht zielführend, disziplinärsetzend und parteischädigend verurteilt.<sup>7</sup>

Die politische Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und ihren politischen Gegnern an der Basis entfaltete indessen eine Dynamik, die nicht mit den Vorstellungen der Parteiführung korrespondierte. Zum einen kam es verschiedentlich zu von der Parteiführung nicht gewollten und rasch durch die KPD-Bezirksleitungen unterbundenen lokalen Einheitsfrontverhandlungen zwischen KPDlern und Funktionären von SPD und linken Splitterparteien. Gemeinsam wollte man Demonstrationen und Versammlungen auf lokaler Ebene organisieren.<sup>8</sup> Zum anderen stieß der agitationsfokussierte, geradezu legalistische

Kurs des ZK an der Basis vielfach auf Unverständnis.<sup>9</sup> Kommunistische Arbeiter wollten die Provokationen und tätlichen Angriffe der Nationalsozialisten mit gleicher Münze vergelten und zugleich physische Stärke, mithin Bereitschaft zur Revolution, demonstrieren.<sup>10</sup> In Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit, welche die Weltwirtschaftskrise mit sich brachte und von der nicht zuletzt Kommunisten besonders betroffen waren, war ein erfolgreicher politischer Streik unrealistisch. Vielmehr stand das Jahr 1932, insbesondere dessen Sommer, im Zeichen außerordentlich blutig verlaufender Straßenkämpfe um „öffentliches Terrain und Symbole“<sup>11</sup>, die in Preußen allein 155 Todesopfer forderten und deren Protagonisten aus den Reihen der KPD und NSDAP kamen.<sup>12</sup> So bestimmten – auch von kommunistischer Seite begonnene – Veranstaltungsstörungen, Saalschlachten, Überfälle auf Verkehrslokale, Parteigebäude und Wohnviertel sowie spontane Straßenschlägereien den Kampf an der Basis.<sup>13</sup>

Es spricht jedoch wenig dafür, dass die „Antifaschistische Aktion“ besondere Akzente in der Zurückdrängung des SA-Terrors gesetzt hätte. Selbiges darf – allgemeiner formuliert – auch für die Bestrebungen gelten, die Machtübergabe an die NSDAP zu verhindern. Mehr als den Versuch einer Propagandaoffensive brachte die KPD mit ihr kaum zustande. Und auch eine spontane Basis-Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten mit

6 Rundschriften des Sekretariats des ZK vom 04.06.1932, in: Die Generallinie. Rundschriften des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933, eingeleitet und bearbeitet von Hermann Weber, Düsseldorf 1981, S. 492–510.

7 Vgl. Rosenhaft, Eve: *Beating the Fascists. The German communists and political violence, 1929–1933*, Cambridge 1982, S. 37 u. S. 57 ff.

8 Vgl. Wirsching: *Hauptfeind Sozialdemokratie*, S. 121; LaPorte, Norman H.: *The German Communist Party in Saxony, 1924–1933: Factionalism, Fracticide and Political Failure*, Stirling 1998, S. 388 ff.; Voigt, Carsten: *Kampfbünde der Arbeiterbewegung: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924–1933*, Köln u. a. 2009, S. 544 ff.; Becker, Klaus J.: *Spartakus, Rote Front, Antifa. Ausübung und Instrumentalisierung politischer Gewalt in der Weimarer Republik am Beispiel des Bezirkes Pfalz der KPD*, in: *Mitteilungen des Historischen Vereins der Pfalz*, Bd. 107 (2009), S. 405–431, hier S. 426.

9 Vgl. Wirsching, Andreas: *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933*, München 1999, S. 581 f.

10 Vgl. Stracke, Stephan: *Mit rabenschwarzer Zuversicht. Kommunistische Jugendliche in Wuppertal 1916–1936 Milieu und Widerstand*, Bocholt 1998, S. 49.

11 Schumann, Dirk: *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001, S. 359.

12 Vgl. ebd., S. 320.

13 Vgl. ebd., S. 309

dem Ziel, SA-Angriffe auf die gemeinsam geteilten lebensweltlichen Einrichtungen zu verhindern, hatte es zuvor bereits häufig gegeben; ein erkennbarer Kurswechsel gegenüber dem „Hauptfeind“ Sozialdemokratie ging mit der „Antifaschistischen Aktion“ also nicht einher.

### **Kommunistischer Bund und Autonome Antifa**

Zeiträumlich weit umfangreicher als die Geschichte der ursprünglichen „Antifaschistischen Aktion“ ist die Geschichte des Rekurses auf die KPD-Initiative und ihr faschismustheoretisches Fundament. Nicht eine stalinistisch geführte Partei und die Arbeiterbewegung bilden ihren Rahmen; vielmehr spielt sie sich größtenteils in weniger greifbaren Strukturen von Jugendkulturen, städtischen Szenen und mehr oder weniger hermetischen, autonomen Gruppen ab.

Bereits seit den frühen 1980er Jahren verbindet man das Logo der „Antifaschistischen Aktion“ – nun in einer modifizierten Form, in der eine der roten durch eine schwarze Fahne als Bezugnahme auf anarchistische Traditionen ersetzt und die Ausrichtung der Fahnen umgekehrt wurde – mit einem sich als „autonom“ verstehenden Antifaschismus. Für diesen hat sich das Kürzel „Antifa“ als Eigen- und Fremdbezeichnung etabliert. Das Adjektiv „autonom“ verwies zunächst auf zweierlei: zum einen auf die personelle und ideelle Nähe zur sich formierenden Bewegung der Autonomen, von der sich die autonomen Antifa-Gruppen durch thematische Fokussierung, Konspirativität, Organisiertheit und Vernetzung abhoben; zum anderen auf die Eigenständigkeit gegenüber anderen organisierten Akteuren. Denn ein Anknüpfen an die „Antifaschistische Aktion“ von 1932 hatte bereits Mitte der vorausgegangenen Dekade der Kommunistische Bund (KB) für sich beansprucht. Diese vorwiegend in Norddeutschland aktive, bündnisoffene, um Mobilisierung und Breitenwirkung bemühte K-Gruppe stach aus dem maoistischen Spektrum durch

ihr besonderes antifaschistisches Engagement hervor. In ihren Reihen wurde eine eigene Theorie der schleichenden „Faschisierung“ der Bundesrepublik entwickelt. Dieser zufolge arbeite die Bourgeoisie nicht als letzte Abwehrmöglichkeit angesichts drohender Revolution planmäßig auf eine faschistische Herrschaft hin, sondern im Sinne einer systemstabilisierenden Präventivmaßnahme. Unter der Regie einer zentralen Kommission sammelte der KB Informationen über rechtsradikale und neonazistische Organisationen und Personen, die an die Öffentlichkeit getragen wurden. Damit und durch das Organisieren von Demonstrationen gegen Aufmärsche und Parteitage rechter Parteien, Besetzungen von Veranstaltungsorten und Initiativen wie „Rock gegen Rechts“ wurden die Aktivitäten des KB prägend für das Handlungsfeld des linken Antifaschismus.<sup>14</sup> Der autonome Antifaschismus der 1980er Jahre schloss in mancherlei Hinsicht an die Aktivitäten des KB an. Indessen war die gesteigerte Gewaltbereitschaft autonomer Antifa-Gruppen ein wichtiges Distinktionsmerkmal gegenüber dem Agieren der K-Gruppen. So kam es etwa über Konfrontationsgewalt auf Demonstrationen hinausgehend auch zu Brandanschlägen auf Immobilien rechtsradikaler Aktivisten.

### **Antifaschismus als linksradikale Sammlungsbewegung**

Unter dem Eindruck von Wiedervereinigung, rechtsradikalen Wahlerfolgen und einem deutlichen Anstieg rechter, vor allem rassistischer Gewalt erfuhr Antifaschismus in den 1990er Jahren einen Bedeutungszuwachs in

14 Vgl. Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Univ. Diss., Marburg 2002, S. 123 ff. u. S. 208 ff.; Schumacher, Nils: „Nicht nichts machen“? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa, Duisburg 2014, S. 20–24.

der undogmatischen, also nicht auf unverrückbare Theoriegebilde festgelegten radikalen Linken. Er vermochte gar zum Leitthema zu avancieren, unter dem ein organisierungswilliger Teil zusammenfand. Mit der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO), in der eine Göttinger Gruppe namens Autonome Antifa [M] eine führende Rolle spielte, und dem Bundesweiten Antifa Treffen (BAT) entstanden zwei Bündnisstrukturen, die lokale autonome Gruppen zusammenbrachten. Das erstgenannte Bündnis war eher förmlich organisiert und auf Öffentlichkeitswirksamkeit bedacht, das zweitgenannte eher spontaner, unverbindlicherer Natur. Zur Begründung eines als „revolutionärer Antifaschismus“ begriffenen Engagements wurde nicht mehr auf eine unmittelbar bevorstehende faschistische Herrschaft verwiesen, sondern auf „die gesellschaftlichen Bedingungen [...], aus denen heraus faschistische Bewegungen entstehen“, die sich letztlich sämtlich auf das „kapitalistische Konkurrenzprinzip“<sup>15</sup> zurückführen ließen. Faschismus sollte offenbar nicht länger allein als ein bewusst gewähltes Instrument einer imperialistischen Bourgeoisie verstanden werden; stattdessen wurde von einem komplexeren Zusammenspiel an strukturellen Ermöglichungsfaktoren ausgegangen. Zu diesen wurden bspw. neben der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung auch rassistische und nationalistische Überzeugungen sowie patriarchale Strukturen gezählt. Dadurch sollte ein breites Spektrum an Themen und Aktivitäten unter dem Label des Antifaschismus als zentralem „Dreh- und Angelpunkt politischer Agitation und Praxis“<sup>16</sup> subsumiert werden.



In die 1990er Jahre fiel daneben der Beginn popkultureller Selbstdarstellung durch die Verdichtung spezifischer, ein „sportlich-toughes“<sup>17</sup>, militantes Image transportierender Symbole und ritueller Inszenierungsformen, nicht zuletzt auch Kleidungsstile zu einer „Marke Antifa“. Diese Entwicklung vollzog sich keineswegs allein eigendynamisch. Vielmehr lagen ihr auch bewusste Entscheidungen von Antifa-Gruppen zugrunde, die das Ziel hatten, die eigene jugendkulturelle Attraktivität zu steigern.<sup>18</sup>

### Fragmentierung, Ausdifferenzierung und Reorganisation in postautonomen Bündnissen

Das Streben nach einer linken Sammlungsbeziehung unter dem Doppelbanner endete 2001 mit der Selbstauflösung der AA/BO. Die von der rot-grünen Bundesregierung durch Gerhard Schröders Appell zum „Aufstand der Anständigen“ in die Wege geleiteten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus erschwerten die Abgrenzung gegenüber anderen Akteuren und die Schärfung eines systemkritischen Profils über das Thema Antifaschismus. Zudem zog in den Jahren um die Jahrtausendwende mit der Globalisierungskritik ein neues Feld radikallinke Aufmerksamkeit auf sich.<sup>19</sup> Auch vermochte der antifaschistische Konsens nicht die an Bedeutung zunehmende innerlinke Konfliktlinie zwischen

[anarchismus.at/die-autonomen/491-zur-aufloesung-der-aab](http://anarchismus.at/die-autonomen/491-zur-aufloesung-der-aab) [eingesehen am 14.03.2017].

15 Der archivierte Internetauftritt der AA/BO, vgl. URL: <https://www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/aabo.html> [eingesehen am 14.03.2017].

16 Auflösungserklärung der Antifaschistischen Aktion Berlin vom Februar 2003, URL: <https://www>

17 Schuhmacher, Nils: Gewalt in der Antifa: Mythos und Realität, in: DJI Impulse, H. 1/2015, S. 11–13, hier S. 12.

18 Vgl. Keller, Mirja u.a.: Antifa. S. 100 ff.

19 Vgl. Schuhmann, Nils: Die Antifa im Umbruch. Neuformierungen und aktuelle Diskurse über Konzepte politischer Intervention, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, H. 2/2015, S. 5–16, hier S. 7.

antiimperialistischen und antideutschen<sup>20</sup> Überzeugungssets zu überbrücken und die auf diese zurückzuführenden Spaltungen und Neukonstituierungen von Gruppen und Bündnissen zu verhindern. Nach der Selbstauflösung von AA/BO und BAT haben sich einige Antifa-Gruppen je nach Selbstverortung den unter dem Einfluss der genannten Konfliktlinien gegründeten postautonomen Bündnissen „Interventionistische Linke“ (IL) und „... ums Ganze!“ angeschlossen. Auch die Göttinger Autonome Antifa [M] spaltete sich. Aus ihr gingen die Gruppen Antifaschistische Linke International (A.L.I.) und Redical [M] hervor. Während erstere Gruppe sich der IL anschloss, ist letztere im Bündnis „... ums Ganze!“ aktiv. Die Mehrheit autonomer Antifa-Gruppen, zumeist mehr auf die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strukturen und Personen fokussiert, bleibt diesen Zusammenschlüssen hingegen fern.<sup>21</sup>

Das historische Logo wie auch der Name der KPD-Initiative dienen heute einem heterogenen Akteursspektrum als Identität und Zusammenhalt stiftende Symbole. Möglicherweise ist ein Grund seiner Attraktivität darin zu finden, dass es eine Präferenz „direkter Intervention“<sup>22</sup> gegenüber anderen Beteiligungsformen augenfällig zu repräsentieren vermag: Die gleichsam im Ansturm wehenden Fahnen, wie auch der Begriff der „Aktion“, seit jeher mit Gegenentwürfen zur formal-institutionalisierten Partizipation verbunden, laden jedenfalls zu derartigen Assoziationen ein. Gleichzeitig bieten die Doppelfahnen die Möglichkeit – entsprechende Deutungen des historischen Entstehungskontexts vorausgesetzt –, sowohl als Zeichen der Bündnispolitik als auch der Fundamentalopposition gegen die gegenwärtige Ordnung interpretiert zu werden.

Das Emblem von 1932 steht heute für eine Landschaft von hunderten autonomen Gruppen, zahlreiche spezialisierte Informations- und Diskussionsmedien, unterschiedlichste Handlungsformen von Dokumentations- und Bildungsarbeit bis hin zu konfrontativen Auseinandersetzungen mit der extremen Rechten, aber auch den Polizeikräften, die deren Veranstaltungen schützen. Die verbindende Klammer ist dabei anscheinend weniger ein geteilter Faschismusbegriff als vielmehr eine kapitalismuskritische Grundhaltung und der Anspruch, rechtsextremen Akteuren und Strukturen mit einer kämpferischen Haltung, aber nicht zwingend auch gewaltsam entgegenzutreten.

Das Emblem von 1932 steht heute für eine Landschaft von hunderten autonomen Gruppen, zahlreiche spezialisierte Informations- und Diskussionsmedien, unterschiedlichste Handlungsformen von Dokumentations- und Bildungsarbeit bis hin zu konfrontativen Auseinandersetzungen mit der extremen Rechten, aber auch den Polizeikräften, die deren Veranstaltungen schützen. Die verbindende Klammer ist dabei anscheinend weniger ein geteilter Faschismusbegriff als vielmehr eine kapitalismuskritische Grundhaltung und der Anspruch, rechtsextremen Akteuren und Strukturen mit einer kämpferischen Haltung, aber nicht zwingend auch gewaltsam entgegenzutreten.

20 Zentraler Streitpunkt zwischen Antiimperialisten und Antideutschen ist die Haltung zum Nahostkonflikt. Während die antiimperialistische Solidarität den Palästinensern gilt, die als Opfer kolonialistischen Expansionsdrangs gesehen werden, solidarisieren sich Antideutsche mit Israel als Staat der Holocaust-Überlebenden und Refugium für bedrohte Juden.



**Alexander Deycke,**  
geb. 1987, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und arbeitet in der Bundesfachstelle Linke Militanz.

21 Vgl. Keller u.a.: Antifa, S. 126 ff.

22 Schumacher, Nils: „Nicht nichts machen“? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa, Duisburg 2014, S. 91.